

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

04|2022



POLITIKLUFT SCHNUPPERN

Drei Anträge, drei Entscheidungen
beim Jugendparlament 2022

ZAHLEN: Landeshaushalt 2023 ist auf dem Weg

WÄHLEN: Wahlgesetz vor 30 Jahren geschaffen

TREFFEN: Erster Länderabend mit Armenien



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

Folge uns und erfahre mehr über
die Arbeit deines Parlaments
in Sachsen-Anhalt!



@landtag_Lsa



@Landtag_LSA



Landtag von Sachsen-Anhalt



LSALandtag



8

NEUER REKORDHAUSHALT

Die Landesregierung hat einen Finanzplan für den Landeshaus halt 2023 aufgestellt und diesen nun im Novemberplenium vorge stellt. Der Entwurf sieht Einnah men und Ausgaben in Höhe von rund 13,5 Milliarden Euro vor.



10

PREIS DER FREIHEIT

Die Landesregierung werde das Möglichste tun, um die Belastun gen durch die Ukraine-Krise zu begrenzen, versicherte Minister präsident Dr. Reiner Haseloff in seiner Regierungserklärung im Landtag.



12

POLITIKLUFT SCHNUPPERN

Sechzig Schülerinnen und Schüler aus Wettin, Halle und Calbe haben sich in diesem Jahr am Jugendparlament beteiligt und im Plenarsaal des Landtags über drei selbsterstellte Anträge beraten und abgestimmt.

SPLITTER

4 | Protokollarischer Besuch/Volkstrauertag

Antrittsbesuch des neuen israelischen Botschafters in Deutschland bei Landtagspräsident Dr. Gunnar Schel lenberger. Traditionelle Gedenkstunde anlässlich des Volkstrauertags im Plenarsaal des Landtags.

GROSSE ANFRAGE

6 | Wie geht es den Bussen und Bahnen im Land?

So formulierte im April 2022 die Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eine Große Anfrage an die Landesregierung. Deren Antwort liegt nun vor und wurde im Novemberple nium diskutiert.

REGIONALFENSTER

14 | Unterwegs in Wettin-Löbejün

Auf der Straße der Musik wandeln, Spuren der Wettiner Dynastie folgen, 40 Meter hohe Steinwände erklimmen, an der Saale hellem Strande im Naturpark Unteres Saaletal wandern oder radeln – all dies ist möglich in Wettin-Löbejün, der Doppelstadt im Saalekreis.

WEITBLICK

18 | Literaturtipps

Regelmäßig versorgt die Landtagsbibliothek ihre Nutzerin nen und Nutzer mit neuem Lesestoff – übrigens nicht nur Abgeordnete, sondern alle Bürger haben Leihrecht.

IM BLICKPUNKT

20 | Ein Wahlgesetz für die Zukunft

Vor 30 Jahren beschlossen die Regierungsfractionen von CDU und FDP sowie die SPD-Opposition die Grundlagen für Wahlen in Sachsen-Anhalt.

21 | Für den „Balladenkönig“

Vor 226 Jahren wurde in Löbejün Johann Carl Gottfried Loewe geboren. Die Internationale Carl-Loewe-Gesellschaft feierte 2022 ihren 30. Geburtstag.

22 | Begegnung in Magdeburg

Viele Gespräche, gute Musik, hervorragende Stimmung: Der erste Länderabend des Landtags im November war ein voller Erfolg. Erstes Gastland der neuen Veranstaltungsrei he war die Republik Armenien.

IMPRESSUM

Herausgeber

Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9,
39104 Magdeburg; gesetzliche Vertretung durch
dessen Präsidenten Dr. Gunnar Schellenberger.

Auflage

7 800 Exemplare

Redaktion

Dorothee Bodewein (V.i.S.d.P.), Stefanie Böhme,
Felix Buchholz, Beate Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan
Müller, Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld, Wolfgang
Schulz, Matthias Unfried
Tel. 0391 560-1236, landtag@lt.sachsen-anhalt.de.

Fotos & Grafiken

Titelseite: Dr. Stefan Müller
Seite 2: Stefanie Böhme
Seite 3: magele-picture - stock.adobe.com
(l.), andyller - stock.adobe.com (M.),
Dr. Stefan Müller
Seite 4: Stefanie Böhme (o.), Dr. Stefan
Müller (u.)
Seite 7: Miljan Živković - stock.adobe.com
Seite 8-9: magele-picture - stock.adobe.com
Seite 10-11: andyller - stock.adobe.com
Seite 12-13: Dr. Stefan Müller
Seite 14-17: Gudrun Oelze
Seite 18-19: Verlage transcript, Piper, Dumont
Seite 20: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 21: Matthias Enke (l.), Funkhaus Halle/
Radio Brocken (r.)
Seite 22: Felix Buchholz
Seite 23: Stiftung Aufarbeitung (l.), Dr. Hans-
Peter Laqueur, Andreas Laqueur
Seite 24: shumytskaya - stock.adobe.com

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH
www.genese-md.de

Herstellung & Druck

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruckerei.de

Der ZwischenRuf wird auf Papier
aus umweltbewusster Herstellung
gedruckt.

Redaktionsschluss

21. November 2022. Der ZwischenRuf dient der
Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-
Anhalt. Er ist urheberrechtlich geschützt. Ein
Nachdruck ist nur mit Quellenangabe möglich.
Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind
nicht zulässig. Eine Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen,
Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -be-
werbern insbesondere zum Zwecke der Wahlwer-
bung ist ebenfalls unzulässig.

Leserservice & Abonnement

Der ZwischenRuf wird kostenfrei verteilt. Bestel-
lung, Abmeldung, Adressänderung sowie Leserzu-
schriften bitte an: landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Landtagspräsident empfängt den israelischen Botschafter



Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger (l.) begrüßt den israelischen Botschafter Prof. Ron Prosor.

Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger hat kürzlich den neuen israelischen Botschafter in Deutschland, S. E. Prof. Dr. Ron Prosor, zum Antrittsbesuch im Landtag von Sachsen-Anhalt empfangen. Der 63-Jährige ist seit August 2022 im Amt und konnte bereits Erfahrung als Diplomat in Deutschland sammeln. Während der politischen Wendejahre war er von 1988 bis 1992 als Sprecher an der israelischen Botschaft

in Bonn tätig. In den letzten Jahren war Prosor unter anderem für das Außenministerium in seinem Heimatland Israel tätig und hatte verschiedene hochrangige diplomatische Posten in den USA und Großbritannien inne. Von 2011 bis 2015 war er ständiger Vertreter Israels bei den Vereinten Nationen und zuletzt Leiter des Abba-Eban-Instituts für internationale Diplomatie. Für Prosor ist die Tätigkeit in Deutschland auch eine Rückkehr zu seinen familiären Wurzeln: Sein Vater wurde 1927 in Berlin geboren, 1933 wanderte die Familie nach Palästina aus. Er spricht Hebräisch, Englisch und Deutsch. Stefanie Böhme

Gedenken an Tote und Verfolgte am Volkstrauertag im November



Landtagsvizepräsidentin Anne-Marie Keding hält nach dem Richten der Schleifen an den Trauerkränzen inne.

Im Plenarsaal des Landtags von Sachsen-Anhalt wurde am Sonntag, 13. November 2022, in einer Gedenkstunde im Rahmen des Volkstrauertags der Millionen Opfer von Krieg und Vertreibung gedacht. „Die Frage des Friedens ist nicht zuerst eine Frage an die Welt, sondern für jeden an sich selbst.“ – Dieser Ausspruch des deutschen Philosophen Karl Jaspers diente in diesem Jahr als

Motto für die Gedenkveranstaltung des Landtags von Sachsen-Anhalt und des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Es sprachen Landtagsvizepräsidentin Anne-Marie Keding und Dieter Steinecke, der Vorsitzende des Landesverbands Sachsen-Anhalt im Volksbund. Die Gedenkrede hielt in diesem Jahr der Publizist und Historiker Prof. Dr. Michael Wolffsohn. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Rossini-Quartett Magdeburg. Zudem boten Jugendliche der Projektgruppe „Spurensuche – Tagebuch der Gefühle“ aus Halle (Saale) Einblicke in ihre Nachforschungen. Im Anschluss fand eine Kranzniederlegung auf dem Magdeburger Westfriedhof statt.

Dr. Stefan Müller

Liebe Leserin, lieber Leser,

wissen Sie, warum der November November heißt? Der Name des elften Monats im Jahr leitet sich von dem lateinischen Wort „novem“ ab und bedeutet „neun“. In einer frühen Version des römischen Kalenders fing das Jahr mit dem März an. Der November stand – seinem Namen entsprechend – an neunter Stelle. Die Monate Januar und Februar kamen später hinzu und im Zuge einer Kalenderreform um 450 v. Chr. wurde der Januar schließlich als Jahresanfang festgelegt. Unter Beibehaltung seines Namens wanderte der November auf Platz elf.

Während auf der Südhalbkugel im November der Frühling anbricht, beginnt bei uns die kalte Jahreszeit mit kürzeren und dunkleren Tagen. Mit Allerheiligen (1. November), Volkstrauertag (13. November), Totensonntag (20. November) und Internationalem Tag gegen Gewalt an Frauen (25. November) ist der November mit „stillen“ Feier- und Gedenktagen ausgestattet und ein Monat der Besinnung und des Gedenkens, bevor gegen dessen Ende die Adventszeit beginnt und mit ihren Kerzen Licht ins Dunkel kommt.

Kaum zwei aufeinanderfolgende Monate im Jahr zeigen mehr den Wechsel von Leid und Freude, Schatten und Licht wie der November und der Dezember. Auch geschichtlich ist der November nicht ohne. Gleich in mehrfacher Hinsicht markiert der 9. November denkwürdige Wendepunkte unserer Geschichte:

1918 rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Deutsche Republik aus und legte den Grundstein für die Errichtung der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie, die Weimarer Repu-

blik. 1938 begann mit der Pogromnacht durch die Nationalsozialisten die systematische Verfolgung, Inhaftierung und Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden in Europa. 1989 öffneten sich die Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik, in Folge dessen das Ende der deutschen Teilung eingeleitet und Deutschland knapp ein Jahr später wiedervereinigt wurde. Drei Ereignisse, die in einem engeren oder weiteren Zusammenhang mit dem Vorhandensein oder Fehlen von Demokratie stehen.

Wie Demokratie funktioniert, konnten Jugendliche in diesem November im Landtag im Rahmen des Jugendparlaments simulieren. Auch der Landtag debattierte im November wieder. Womit die Fraktionen sich befassten und was sonst noch alles in und um den Landtag geschah, können Sie auf den folgenden Seiten lesen.

Eins macht der November zudem deutlich: Das Jahr neigt sich seinem Ende zu. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse in diesem Jahr. Wir freuen uns, Sie in 2023 wieder mit vielfältigen und zahlreichen Themen aus dem Landtag informieren zu können. Lassen Sie es sich bis dahin gutgehen.

Ihre
Zwischenruf-Redaktion



Wie geht es den Bussen und Bahnen?

„Wie geht es den Bussen und Bahnen im Land?“, formulierte im April 2022 die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Große Anfrage an die Landesregierung. Deren Antwort liegt nun vor und wurde im Novemberplenium diskutiert.

Die Situation der Verkehrsunternehmen, die Entwicklung der Angebote im Bereich des ÖPNVs und die Herausforderungen für einen zukunftsfesten und gestärkten Öffentlichen Nahverkehr in Sachsen-Anhalt waren Themen der Großen Anfrage. Zudem wurden in der Aussprache zwei Entschließungsanträge beraten: die Grünen fordern die Erstellung eines Mobilitätsgesetzes durch die Landesregierung, die Koalition plädiert dafür, dass sich die Landesregierung in Gesprächen mit Bund, Ländern und Gemeinden für eine angemessene Mittelausstattung im ÖPNV einsetze.

Wer im Land verlässlich, günstig und klimafreundlich unterwegs sein wolle, der müsse sich auf einen guten ÖPNV verlassen können, erklärte Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Ziel der Grünen sei, ohne eigenes Auto gut, schnell, sicher, bezahlbar, flächendeckend und klimafreundlich von A nach B zu kommen. Es handle sich schlichtweg um die Umsetzung von Daseinsvorsorge. Öffentliche Mobilität sei eine Grundvoraussetzung von Teilhabe. So erhielten die Menschen im Land eine echte Alternative zum individuellen Verkehr. Das Land brauche eine ambitionierte Mobilitätspolitik und in diesem Zusammenhang ein verbindliches Mobilitätsgesetz, betonte Lüddemann. Doch diesbezüglich stoße man bei der Landesregierung nur auf Desinteresse. Derzeit würden die Ziele im ÖPNV nicht mit konkreten Arbeitsprozessen unteretzt, ein Monitoring sei nicht erkennbar. Den Grünen schwebt ein „Sachsen-Anhalt-Takt“ vor, also die stündliche Einbindung von Ort-

schaften ab 1 000 Einwohnern (324 im Land) in den ÖPNV – beispielsweise über flexible Bedienformen bzw. On-Demand-Angebote. So solle ein Netz von virtuellen Haltestellen geschaffen werden, wo man vorher eine Nachricht absetzt und dann aufgenommen wird. „Das geht nicht von jetzt auf sofort“, räumte Lüddemann ein, aber man brauche klare Ziele, auf die man Schritt für Schritt hinarbeiten könne.

Es sei natürlich das Vorrecht der Opposition, sich einfach Dinge zu wünschen, sagte Dr. Lydia Hüskens (FDP), Ministerin für Infrastruktur und Digitales. Sie wunderte sich, dass die Grünen das Mobilitätsgesetz nicht schon in deren eigener Regierungszeit umgesetzt hätten. „Ohne Individualverkehr wird es im ländlichen Raum auch in Zukunft nicht gehen“, darüber herrsche großer Konsens, so Hüskens, auf dieser Grundannahme werde auch der ÖPNV behandelt. Die Landesregierung arbeite daran, die Mobilität im ländlichen Raum weiter zu verbessern. Vor dem Hintergrund des 49-Euro-Tickets aus dem Bund werde das Projekt „365-Tage-Ticket“ der Landkreise zunächst ad acta gelegt werden müssen, kritisierte die Ministerin.

Die Antworten auf die Anfrage der Grünen müssten differenziert betrachtet werden, sagte Elke Simon-Kuch (CDU). Die in den ÖPNV investierten Mittel müssten zunächst entkoppelt von den Fahrgastzahlen aufgeschlüsselt werden. Im vergangenen Jahr hätten 27 Prozent weniger Fahrgäste den ÖPNV genutzt, er werde aber teurer, ohne tatsächlich mehr leisten zu können.

Der Ausbau und die Modernisierung des ÖPNVs setzten eine angemessene Mittelausstattung voraus. Wer günstig unterwegs sein wolle, könne aber nicht erwarten, in jedem Fahrzeug mit Klimaanlage und WLAN unterwegs zu sein. Um die Angebote, also die Taktungen von Bussen und Bahnen zu erweitern, müsse mit den Trägern und den Kommunen umfänglich verhandelt werden. Auch Synergieeffekte sollten zwischen den Verkehrsverbänden genutzt werden. Die Einführung des Deutschlandtickets durch die Bundesregierung könne dazu führen, dass der Ausbau und die finanzielle Absicherung des Verkehrsnetzes ins Stocken gerate, mutmaßte die CDU-Abgeordnete. Es fehle schlichtweg das Angebot, um ein solches Ticket sinnvoll zu nutzen. In den Großstädten werde es Entlastung bringen, im ländlichen Raum werde es jedoch nicht zum Ersatz des Individualverkehrs führen.

Die statistischen Werte belegten, dass unsere Wahrnehmung nicht täusche. Busse und Bahnen seien wochentags oft halbleer, die Schulbusse dagegen überfüllt. Hier müsste man ansetzen, erklärte Daniel Rausch (AfD). Der ÖPNV sei einfach nicht attraktiv, insbesondere für den täglichen Arbeitsweg. Selbst bei einer zukünftig engeren Taktung wären viele Wege mit Bus und Bahn deutlich länger als mit dem Auto. „Ich glaube nicht, dass ein größeres Angebot zu mehr Nutzung führen wird“, besonders nicht im ländlichen Raum, meinte Rausch. „Der Antrag der Grünen ist nicht an der Praxis orientiert und geht an der Realität vorbei.“ Daher lehne seine Fraktion den Entschließungsantrag ab.



Alles einsteigen! Wie steht es um Bus und Bahn im Land? Hierüber stellten die Grünen eine Große Anfrage an die Landesregierung.

Die Frage der Mobilität hänge vor allem an zwei Dingen: dem Preis und dem Lebenszeitverbrauch, konstatierte Dr. Falko Grube (SPD). Er zeigte sich überzeugt, dass man mit einer höheren Taktung auch im ländlichen Raum etwas erreichen könnte. Ziel seiner Fraktion sei es, einen ÖPNV anzubieten, bei dem die Menschen die Wahl zwischen Auto und ÖPNV hätten. Das bedeute allerdings nicht, dass man den Menschen das Auto wegnehmen wolle, fügte Grube hinzu. Das Thema „autonomes Fahren“ werde insbesondere im ländlichen Raum zukünftig eine Option sein. Den Entschließungsantrag der Grünen lehnte er ab und verwies auf den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) zeigte sich konsterniert, wie wenig gehaltvoll

die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage teils gewesen seien. Der Entschließungsantrag der Grünen hätte gute Ansätze, könne jedoch nicht vollständig überzeugen. Laut Eisenreich sei ein 49-Euro-Ticket für manche Menschen immer noch zu teuer. Zudem fehlten im Grünen-Antrag beispielsweise Forderungen zum Ausbau des ÖPNVs hinsichtlich Sauberkeit, Barrierefreiheit und Sicherheit. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen sei dagegen eher ein „zahnloser Tiger“. Ihre Fraktion fordere einen für alle Menschen bezahlbaren ÖPNV, die Aufnahme einer Mobilitätsgarantie und die Fortsetzung des Modellprojektes 29-Euro-Tickets, so die Linken-Abgeordnete.

Mit der Großen Anfrage habe man eine Rückschau auf vor und mit Corona er-

halten, so Kathrin Tarricone (FDP), viele aktuelle Aspekte fehlten. Gerade im ländlichen Raum sei der ÖPNV kein mehrheitlich genutztes Verkehrsangebot, in den Großstädten sehe dies anders aus. Nur 22 Prozent des gesamten Kilometeraufkommens im Land würden mit dem ÖPNV gefahren, zwei Drittel kämen auf den Pkw. Mit dem Deutschlandticket verzichte man nun auf einen guten Teil zahlbereiter Fahrgäste. Wolle man ein besseres ÖPNV-Angebot, werde dies mehr Geld kosten. Dieses aufzubringen, sei Inhalt des Entschließungsantrags der Koalition, so Tarricone.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Entschließungsantrag der Grünen abgelehnt, der der Koalition angenommen.

Stefanie Böhme/Dr. Stefan Müller



Die Landesregierung hat einen Entwurf für den Haushalt 2023 vorgelegt. Nach der Beratung im Plenum ist vor der Beratung in den Ausschüssen.

Neuer Rekordhaushalt für 2023

Die Landesregierung hat einen Finanzplan für den Landeshaushalt 2023 aufgestellt und diesen nun im Novemberplenum vorgestellt. Der Entwurf sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von rund 13,5 Milliarden Euro vor.

Finanzminister Michael Richter (CDU) unterstrich zu Beginn seiner Rede: „Es sind Zeiten großer Unsicherheit, die alle Bürger unseres Landes betreffen.“ Alle hätten gehofft, dass es nach der Corona-Krise wieder besser werde, aber „mit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine sind wir wieder im Krisenmodus.“ Es gelte, sowohl die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge zu organisieren als auch den exorbitanten Anstieg der Energiepreise für die Bürger und Unternehmen zu begrenzen und die Inflation abzufedern.

Der Finanzminister erklärte weiter, dass Sachsen-Anhalt dieser Krise mit einem Finanzpaket in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2023 begegnen

werde. Davon sollen im Haushaltsjahr 2023 etwa 900 Millionen Euro an die Bürgerinnen und Bürger, an Institutionen, Kommunen und die Wirtschaft zurückgegeben werden. Der Haushaltsplanentwurf 2023 enthalte Spielräume, in denen das Land mögliche Härtefälle unterstützen könnte, falls die Bundeshilfen nicht ausreichend seien. Außerdem habe das Land mit dem Sondervermögen Corona beispielsweise bereits Krankenhäuser und das Gesundheitswesen im Land unterstützt. Das Haushaltsvolumen des Jahres 2023 werde nach 2022 mit 13,5 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreichen. Die Kommunen würden im Jahr 2023 deutlich mehr Steuern einnehmen als erwartet. Zugleich werde die Finanzausgleichsmasse mit dem eingebrachten

Haushalt um 60,8 Millionen Euro auf dann fast 1,8 Milliarden Euro erhöht. In der aktuellen Krise seien gerade die Landkreise und die kreisfreien Städte besonders betroffen. Daher schlug er vor: „Statt mehr Geld über spezifische Zuweisungen in den kommunalen Sektor zu geben, ist eine Erhöhung der allgemeinen Finanzausgleichsmasse zu bevorzugen.“ Damit hätten die Landkreise mehr Spielraum, was auch von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert worden sei.

Die Haushaltsdebatte werde maßgeblich vom politischen Weltgeschehen beeinflusst, sagte Dr. Jan Moldenhauer (AfD). Umfragen und Studien zufolge würden viele Unternehmen derzeit davon ausgehen, dass sich ihre Situation in Zukunft



verschlechtern werde. Während das Geld in Sachsen-Anhalt an allen Ecken und Enden fehle, schwadroniere Bundeskanzler Scholz von einem „Marshall-Plan“ für die Ukraine. Dies führe jedoch zu einer dauerhaften Alimentierung der Ukraine. Moldenhauer bemängelte, der vorliegende Haushaltsentwurf stehe auf „tönernen Füßen“ und fügte hinzu: „seriöse Finanzpolitik sieht sicher anders aus“. Der Ministerpräsident wolle weitere Schulden aufnehmen und zukünftige Generationen belasten, das lehne seine Fraktion ab. Auch in diesem Jahr werde die AfD-Fraktion einen „alternativen Haushalt“ aufstellen, um zu zeigen, an welchen Positionen die Regierung sparen sollte.

„Was vom Bund kommt, ist eine große Hilfe, es wird jedoch vermutlich nicht reichen“, erklärte Dr. Katja Pähle (SPD). Daher werde ein eigenes Landeshilfsprogramm nötig. Schwerpunkte der SPD-Fraktion im Haushalt seien unter anderem das Gesundheitswesen, die Hochschulen, die Demokratieförderung und die Unterstützung aller Transformationsprozesse aufgrund des Klimawandels. Die parlamentarische Arbeit am Haushaltsentwurf des Landes habe zwar

erst begonnen, sodass es sicher noch einige Änderungen geben werde. Pähle nannte die Erhöhung des Gehalts von Grundschullehrern und die Investitionen für den Kreisstraßenbau. Gerade wenn die Signale für Bürger und Unternehmen jetzt auf Entlastung gestellt würden, dürfte dies nicht durch einen verspäteten Haushalt konterkariert werden.

In 43 Tagen soll der Haushalt, der nun eingebracht worden sei, eigentlich schon seine Gültigkeit beweisen, vermutlich werde er aber erst im April 2023 aktiv werden – ein Viertel des nächsten Jahres werde dann schon vorbei sein, kritisierte Eva von Angern (DIE LINKE). Die Institutionen im Land würden wieder monatelang alleingelassen. Von Haushaltskontinuität und Stabilität bleibe Sachsen-Anhalt mal wieder weit entfernt. Der Haushalt bleibe weit hinter dem für die Menschen im Land Notwendigen zurück, er sei ambitionsfrei und zeuge allein von Verwaltung statt Gestaltung. Der Ausbau der Infrastruktur sei ein gigantisches Mammutprogramm, vor diesem Hintergrund sei es völlig abwegig, 22 Millionen Euro ausgerechnet jetzt in die Schuldentilgung zu versenken. „Bitte stecken sie diese 22 Millionen Euro in die Bildung, nicht in die Tilgung“, forderte von Angern.

Es handle sich um den zweitgrößten Haushalt in der Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, erklärte Andreas Silbersack (FDP). Allein 221,5 Millionen Euro würden als Neuverschuldung aufgenommen. Derzeit rechne man damit, in 2023 Steuereinnahmen in Höhe von 8,8 Milliarden Euro umsetzen zu können. Aber allein für das Jahr 2022 müsse das Land 290 Millionen Euro an Zinsen zahlen, im Jahr 2023 würden es voraussichtlich schon 353 Millionen Euro sein. Die steigenden Personalausgaben verringerten den Gestaltungsspielraum des Haushalts in den kommenden Jahren. Es gelte, das Land personaltechnisch schlanker aufzustellen und Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. „Mehrausgaben sollten zukünftig nur noch

Investitionen sein, die Rendite bringen und den Haushalt entlasten“, konstatierte Silbersack.

Die Aufstellung eines Haushalts in Krisenzeiten sei schwierig, räumte Olaf Meister (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ein, aber die „Haushaltsplanungen der Landesregierung gehen an den Anforderungen der Lebensrealität vorbei“. Der Haushalt müsse die finanzielle Antwort auf die aktuellen Krisen liefern, „aber das tut er nicht hinreichend“, nötige Ausgaben – wie die Gegenfinanzierung der Bundesmaßnahmen zur Bewältigung der Ukraine- und Energiekrise, die Wasserstoffförderung oder Mittel für das 49-Euro-Ticket – seien nicht ausfinanziert.

Aufgrund der Zinslast würden sich die Gestaltungsräume in den künftigen Jahren immer weiter einschränken, sagte Guido Heuer (CDU). Dennoch müssten die Investitionsstaus im Land in den Griff bekommen werden, beispielsweise im Straßenbau und bei der Wiederaufforstung. Für Einsparungen werde man auch an einer Verwaltungsreform nicht herumkommen.

Ergänzend sagte sein Fraktionskollege Stefan Ruland, es sei zu begrüßen, dass der Finanzminister die Ergebnisse der Oktobersteuerschätzung bereits in den Haushaltsentwurf integriert hätte. Allerdings würden sich prognostizierte Einnahmen nicht automatisch auch realisieren. Die Landesregierung müsste ressortübergreifend prüfen und maßhalten: „Was können wir uns leisten? Was müssen wir uns leisten? Wo müssen Prioritäten gesetzt werden?“ Diese Fragen sollen im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen beantwortet werden.

Im Anschluss an die Debatte wurden die Gesetzentwürfe der Landesregierung in alle Ausschüsse (außer Petitionen) überwiesen. Federführend ist der Finanzausschuss.

Stefanie Böhme/Dr. Stefan Müller

„Alle zahlen den Preis der Freiheit“

Die Landesregierung werde das Möglichste tun, um die Belastungen durch die Ukraine-Krise zu begrenzen, versicherte Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff im November im Landtag. Dies könne jedoch nur einen Teil der Teuerung ausgleichen.

Nicht nur durch die anhaltende Corona-Pandemie steckt die Welt und damit auch Sachsen-Anhalt in der Krise, auch die Folgen des Kriegs in der Ukraine sind nicht nur auf dem Energiemarkt längst spürbar. Vor diesem Hintergrund hat Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff im Novemberplenium eine Regierungserklärung mit dem Titel „Gemeinsam durch die Krise – Land, Bund und Europa unterstützen Wirtschaft, Kommunen und Menschen in Sachsen-Anhalt“ abgegeben. Ziel seiner Rede war es, den Menschen zu zeigen, wie das Land die Krise in den nächsten Monaten meistern will.

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff (CDU) erklärte, eine Inflation von zehn Prozent und deutlich gestiegene Preise seien eine große Herausforderung für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Haseloff hätte sich bereits im Sommer dafür starkgemacht, dass energieintensive Unternehmen im Einzelfall Unterstützung erhalten könnten, wie beispielsweise das Stickstoffwerk in Piesteritz. Die Preissteigerungen träfen aber auch die Gastronomie, den Tourismus, die Kultur und viele Handwerkerbetriebe. Aber gerade die Geschlossenheit der Demokratien habe bislang dafür gesorgt, dem russischen Angriffskrieg standzuhalten. „Wir alle zahlen den Preis der Freiheit!“, so Haseloff.

Ministerpräsident Haseloff skizzierte das umfassende Maßnahmenpaket der Bundesregierung, verwies aber darauf, dass bei vielen Maßnahmen noch ein konkreter Umsetzungsplan fehle. Die Landesregierung werde das Möglichste tun, um die Einschränkungen und Belastungen

durch die Ukraine-Krise zu begrenzen. Allerdings: „Es kann lediglich gelingen, einen Teil der Teuerung auszugleichen.“ Das Schnüren fortlaufend neuer Entlastungspakete löse letztendlich das Energieproblem nicht, betonte der Ministerpräsident. „Wenn es uns nicht gelingt, unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu überwinden, wird ein Wohlstandsverlust unvermeidlich sein.“ In der Zwischenzeit müssten alle zur Verfügung stehenden Energiequellen genutzt werden, um den Energiebedarf zu decken.

Oliver Kirchner (AfD) kritisierte, Haseloff wolle mit der Regierungserklärung die Verursacher der Krise zum Retter machen. Dabei solle verschleiert werden, dass es die eigenen Fehler gewesen

seien, die das Land in diese Lage gebracht hätten. „Die Bundesregierung verursacht Schäden, Bedrohungen und Gefahren für unser Land.“ Das bewertete Kirchner als „moralisch verwerflich“ und forderte Neuwahlen. Erneut kritisierte er zudem die „illegale Masseneinwanderung“. Das geplante Bürgergeld werde diese Tendenz noch verstärken, dies führe letztlich auch zu einer erhöhten Kriminalität. Das Land würde Schulden über Schulden machen und es sei unklar, wo das viele Geld eigentlich herkommen solle. Die Regierung sei eine „3-h-Regierung: hilflos, haltlos, hoffnungslos.“ Die „anständigen Menschen“ im Land würden den Preis dafür zahlen, dass wir eine „komplett ideologisierte Klimapolitik“ betrieben. Kirchners Lösung: „Sanktionsmechanismus weg,



Viele Worte. Nun auch Taten? Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff legte in seiner Regierungserklärung dar, wie das Land durch die Krise gelangen will.

Ölembargo weg, Nord Stream 1 und 2 reparieren und öffnen.“ Die Gefahr für die Welt sitze nicht im Kreml, sondern kopfnickend vor der Tagesschau.

Alle Forderungen der AfD seien darauf gerichtet, die Ukraine fallenzulassen und Deutschland letztlich von einem Diktator abhängig zu machen. Die AfD-Fraktion blende komplett aus, was die Ursache für die derzeitige Krise sei, kritisierte Dr. Katja Pähle (SPD). Der Ansatz des Ministerpräsidenten nach gemeinsamem Handeln bei der Überwindung der Krise begrüßte sie dagegen. Für sie sei es ohne Zweifel, dass es neben den geplanten Bundeshilfen ein eigenes Hilfsprogramm des Landes brauche. In der jetzigen Situation plädiere sie für den Handlungsgrundsatz: „Vorsorge ja, Panik nein!“ Die SPD-Abgeordnete zeigte sich mit Blick auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen überzeugt, dass die Landesregierung auch diese Herausforderung gemeinsam zum Wohle unseres Landes gut meistern werde.

Mit dem Redebeitrag hätte die AfD-Fraktion den Beweis angetreten, dass sie „die gefährlichste Partei für die Demokratie in unserem Land“ sei, sagte Eva von An-

gern (DIE LINKE). Während für den Ministerpräsidenten offenbar die Wirtschaft des Landes an erster Stelle stehe, seien es bei ihrer Fraktion die Menschen. Diese seien, laut Experten, mittlerweile nicht mehr nur von einer „relativen“, sondern von einer „absoluten Armut“ bedroht. Die Linken-Abgeordnete mahnte: „Die Maßnahmen greifen angesichts der Tiefe der Krise zu kurz und kommen zu spät.“ Außerdem würden sie die Reichsten in der Bevölkerung verschonen. Es komme jetzt darauf an, sozialgerechte Maßnahmen zu beschließen und nicht zu warten, bis die Bundesregierung handle.

Der Ministerpräsident habe ein Interesse daran, das Land durch die Krise zu führen, dies habe er in seiner Regierungserklärung dargelegt, sagte Andreas Silbersack (FDP). Die AfD dagegen habe in ihrem Redebeitrag nur ein Bild des Untergangs gezeichnet, das nicht der Realität entspreche. Es gebe berechnete Ängste und Sorgen bei den Bürgern, aber auch bei den Unternehmen, die hohen Kosten träfen alle. Es dürfe nicht zu einem „Riss durch die Gesellschaft“ kommen. Die stärkeren Belastungen wirkten sich auch auf das Kaufverhalten aus. Die Inflation fördere Preisanpassungen nach oben,

dem müsse entgegengewirkt werden. Der Ministerpräsident habe Details genannt, die gänzlich auf der „grünen Linie“ lägen, sagte Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bundesweite Energieproblem könne nur durch die Überwindung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen gelöst werden, der Wandel hin zu erneuerbaren Energien und zur Vorreiterschaft bei Speichertechniken seien nötig. Das seien für die CDU allerdings neue Töne, so Lüddemann, und deswegen habe das Land viel nachzuholen. Die CDU in Bund und Land habe es in den letzten Legislaturperioden versäumt, den Ausbau der Elektromobilität und der Windkraft voranzubringen, der Ausbau der Solarenergiegewinnung in Bitterfeld-Wolfen sei von der CDU blockiert worden, beim Bürgergeld blockiere die CDU die Ampel-Koalition.

„Deutschland steht vor den größten Herausforderungen der Nachkriegsgeschichte“, konstatierte Guido Heuer (CDU). Insbesondere kleine und mittelständische Betriebe würden von den Kostenexplosionen auf dem Energiemarkt getroffen. Unternehmen mit vollen Auftragsbüchern stünden wegen der weiter steigenden Energiekosten vor dem Aus. Die jetzige Energiekrise wäre früher oder später sowieso gekommen, wenn reihenweise Atom- und Kohlekraftwerke vom Netz genommen würden, mutmaßte Heuer. Die CDU habe das mitbeschlossen, räumte er ein, man sei aber bereit, Fehler zu beheben. Es gehe jetzt darum, zu retten, was zu retten ist. „Alles – Kohle- und Atomstrom – muss ans Netz, was ans Netz angeschlossen werden kann“, so Heuer, vom geplanten Kohleausstieg müsse zurückgetreten werden. Heuer forderte die befristete Aussetzung des Vergaberechts, dies wäre ein echter Beitrag zur Entbürokratisierung.

Am Ende der Regierungserklärung und der Aussprache wurden keine Beschlüsse gefasst.

Stefanie Böhme/Dr. Stefan Müller



Einmal Politikluft schnuppern

Sechzig Schülerinnen und Schüler aus Wettin, Halle und Calbe haben sich in diesem Jahr am Jugendparlament beteiligt und im Plenarsaal des Landtags von Sachsen-Anhalt über drei selbsterstellte Anträge beraten und abgestimmt.



Eindrücke vom Jugendparlament 2022 im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Jede Entscheidung, die man nicht treffe, sei auch eine Entscheidung, die man für die Zukunft treffe, sagte Landtagsvizepräsidentin Anne-Marie Keding zu Beginn der Sitzung des Jugendparlaments 2022 im Landtag von Sachsen-Anhalt. Damit gab sie den Jugendlichen eine Maxime für deren Sitzungsarbeit mit: Die eigene Meinung vertreten, andere Meinungen anhören und dann abwägen, inwiefern man sich inhaltlich annähern könnte.

Zunächst brachten die Jugendfraktionen ihre Anträge ein. Die Jugendparlamentsfraktion des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Calbe schlug vor, die Bewertung von „Talentfächern“ an allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt bis Klassenstufe 8 benotungsfrei zu bewerten. So sollen jüngere Schülerinnen und Schüler laut Antrag ohne Druck die Möglichkeit haben, sich aktiv und kreativ auszuleben, um eigene Talente zu entdecken.

Die Jugendparlamentsfraktion der Euro-Akademie Halle setzte sich für elternunabhängiges BAföG für alle Auszubildenden und Studierenden ein, um die Chancengleichheit junger Menschen zu erhöhen und ihre Eigenständigkeit zu fördern.

Für eine frühere und spezialisiertere Kurswahl auf dem Gymnasium argumentierte die Jugendparlamentsfraktion des Burg-Gymnasiums Wettin. Ziel der Änderung sollte es sein, Schülerinnen und Schüler besser auf ihr zukünftiges Berufs- oder Studienleben vorzubereiten und eine präzisere Förderung der persönlichen Präferenzen und Kompetenzen zu ermöglichen.

Die drei Anträge wurden nach der Einbringung in „die Ausschüsse“ überwiesen, im Fall des Jugendparlaments also in Diskussionsforen, in denen sich jeweils ein Teil der Klassen mit den De-

tails der Vorhaben auseinandersetzte. Würde es gelingen, die anderen Fraktionen vom eigenen Antrag zu überzeugen oder herrschte vielleicht sogar gleich von Beginn an Konsens? Manchmal ist es nicht so einfach, die eigene gegen andere Meinungen zu behaupten. Die Ausschussarbeit sollte jedoch zeigen, dass es sich durchaus lohnen kann, sich für seine Ziele zu engagieren und im Spiel von Rede und Gegenrede andere von der Richtigkeit der eigenen Argumente zu überzeugen.

Die Schülerinnen und Schüler kehrten sodann aus den Ausschüssen in die Fraktionen zurück. Hier wurde abschließend über die Eindrücke der jeweils anderen Anträge diskutiert. War es den anderen gelungen, sie vom Antrag zu überzeugen oder müsste in der abschließenden Beratung und Abstimmung im Plenum mit einer Enthaltung oder gar einer ablehnenden Haltung



gerechnet werden? Das Highlight des Jugendparlaments war sicher die abschließende Debatte. Hier trafen die Jugendlichen im Plenarsaal des Landtags auf Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen des echten Landesparlaments. Diese sparten nicht mit Lob und Kritik für die Schüleranträge.

Die „Nichtbenotung der Talentfächer“ bis zur achten Klasse könne dazu führen, den Leistungsdruck zu nehmen, war die einhellige Meinung zum Antrag der Calbenser. Wettin kritisierte aber, dass es wenig Sinn ergebe, die Benotung ausgerechnet in den relevanten Schuljahren gelten zu lassen. Auch die Abgeordneten brachten dem Antrag durchaus Charme entgegen, fanden aber auch kritische Anmerkungen. Jedes Fach biete doch Möglichkeiten, gefördert und gefordert zu werden. Trotz des zuvor im Diskussionsforum ausgehandelten Kompromisses,

die Benotung beizubehalten und am Halbjahresende durch die Lernenden über die Übernahme der Note(n) entscheiden zu können, wurde der Antrag am Ende der Debatte abgelehnt. Beim Thema „BAföG für alle“ sei es zu einem schnellen Grundkonsens gekommen, so die Einbringer aus Halle. Im Ausschuss hatte man sich auf verschiedene Arten der Finanzierung verständigt: durch Umgehung der Schuldenbremse oder anhand der Kostenübernahme durch große Konzerne. So könnten spezielle Leistungsnachweise eingeführt werden, um die Förderung weiter zu erhalten. Auch die BAföG-Rückzahlung soll beibehalten und an das spätere Gehalt geknüpft werden. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Im Vorfeld der Abstimmung zum Antrag der „früheren Kurswahl“ waren noch Änderungen vorgenommen worden. Die Kurswahl wurde noch etwas weiter

vorgezogen, auf das Ende der achten Klasse. So sollen Schüler besser auf das spätere Berufsleben oder Studium vorbereitet werden. Zwei der Fächer Musik, Kunst und Sport würden abwählbar; Deutsch und Mathematik wären allerdings Pflichtfächer. Die ergänzenden Fächer wären frei auswählbar, darunter auch Geschichte, Physik und Biologie. Die Fraktion aus Halle lehnte den Antrag ab, weil für einen vielfältigen Bildungsweg einfach wichtige Fächer fehlen könnten. Der Antrag wurde am Ende der Debatte dann auch mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Die Ergebnisse des Jugendparlaments werden den sechs echten Fraktionen im Landtag zugeleitet. Ergänzt durch den stenografischen Bericht lassen sich die Argumente aller Rednerinnen und Redner der Jugendparlamentsfraktionen gut nachvollziehen.

Dr. Stefan Müller



Das Burg-Gymnasium Wittenburg bietet auch einen Spezialzweig Kunst an.

Wittenburg-Löbejün: Wohnstandort und Naherholungsgebiet

Auf der Straße der Musik wandeln, Spuren der Wettiner-Dynastie folgen, 40 Meter hohe Steinwände erklimmen, an der Saale hellem Strande im Naturpark Unteres Saaletal wandern oder radeln – all dies ist möglich in Wittenburg-Löbejün, der Doppelstadt im Saalekreis.

Die nördlichste Stadt im Saalekreis ging durch die Gemeindegebietsreform am 1. Januar 2011 aus dem Zusammenschluss der Städte Löbejün und Wittenburg sowie der Gemeinden Brachwitz, Döblitz, Dornitz, Döbel, Gimritz, Nauendorf, Neutzlettwitz, Plötz und Rothenburg hervor. Während Wittenburg das Ringen um den ersten Platz im Doppelnamen gewann, hat Löbejün vor allem Bedeutung als Sitz der Verwaltung für die rund 10 000 Bewohner im gut 127 Quadratkilometer

großen Terrain des noch jungen Stadtgebietes.

Erstmals 961 in einer Urkunde von Otto I. erwähnt, wird Löbejüns Ortsname von Historikern unterschiedlich gedeutet – sowohl aus dem Altsorbischen stammend, wie vor mehr als tausend Jahren in der kaiserlichen Urkunde als *civitas Liubuhun* bezeichnet, als auch deutschen Ursprungs als Läubechen, also Laubenhain zu verstehen. Tatsächlich war der Ort im Mittelalter von Wäldern

umgeben, die bis zum Petersberg bei Halle reichten. Nach wie vor gelegen in bergigem Gelände, müssen heutige Besucher die Altstadt nicht nur auf engen, sondern teils auch recht steilen Gassen erkunden. Entdecken können sie dort unter anderem das einzige erhaltene Stadttor im gesamten Saalekreis, das Hallesche Tor. Es war Teil einer einst 1 700 Meter langen Stadtbefestigung. 1607 für 323 Taler erbaut, diente es ab 1824 als Stadtgefängnis, später auch als kommunale Wohnung. 1992 restauriert,

ist das Hallesche Tor heute Sitz des Löbejüner Heimatvereins und Domizil des Heimatmuseums.

Noch vor ihren einst vier Toren hatte die Stadt eine Sankt Petri geweihte Kirche. Bei einem Brand 1583 stark zerstört, wurde sie neu aufgebaut und prägt seither mit ihrem hohen mittelalterlichen Turm das Stadtbild von Löbejün. Hinauf zur Kirche gelangt man über eine imposante, erst kürzlich erbaute Treppe, deren Geländer Noten des Musikstückes „Die Uhr“ des Löbejüner Komponisten Carl Loewe zieren. Die Ortschaft Löbejün ist eine Station auf Mitteldeutschlands „Straße der Musik“, die musikhistorisch bedeutsame Orte in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vereint.

In Löbejün gedenkt man des großen deutschen Balladenmeisters Carl Loewe, der hier am 30. November 1796 geboren wurde. Sein Geburtshaus wurde 1530 einst als Schule errichtet, 1886 wegen Baufälligkeit abgerissen und an gleicher Stelle durch ein neues Schulgebäude ersetzt. Seit 1999 wird dieses als Forschungs- und Gedenkstätte der Internationalen Carl-Loewe-Gesellschaft

genutzt, die 2014 in den Räumen des historischen Schulhauses ein neu gestaltetes Museum zum Leben und musikalischen Schaffen des überregional bekannten Sohnes der Stadt eröffnete. Ihm begegnen Gäste und Bewohner Löbejüns auch bei einem Stadtspaziergang, denn an Fassaden und Giebeln alter, leerstehender Gebäude zeugen großformatige Banner auf ungewöhnliche Art vom musikalischen Schaffen Carl Loewes.

Sein Bildnis, ursprünglich zu seinem hundertsten Geburtstag von Löbejüner Bürgern als bronzene Büste auf dem Kirchhof nahe seinem Geburtshaus platziert und 1942 eingeschmolzen, zierte heute – in Löbejüner Porphyrgestein gehauen – den Markt gegenüber dem Rathaus.

Das bei Löbejün seit mehr als fünfhundert Jahren abgebaute vulkanische Gestein ist äußerst witterungs-, frost- und säurebeständig. Der harte Porphyrgestein wurde und wird in der ganzen Umgebung zur Fassadengestaltung, als Bruch- und Mauerstein sowie zum Pflastern von Straßen und Plätzen genutzt, die auch bei hoher Belastung dauerhaft haltbar sind. Neben Naturstein war auch Steinkohle ein bei

Löbejün gewonnener Bodenschatz. Davon zeugt ein technisches Denkmal – der Löbejüner Dampfzylinder. Der 3,25 Meter hohe und 2,5 Tonnen schwere Koloss der ersten deutschen Dampfmaschine steht zur Erinnerung an die Bergbaugeschichte der Stadt in einer Parkanlage auf einem Sockel aus Porphyrgestein.

Dieser Naturstein wird bei Löbejün nach wie vor abgebaut und im Hoch-, Tief-, Straßen- und Wasserbau eingesetzt. Stillgelegte Steinbrüche wurden derweil zum Eldorado für Extremsportler. Die rotgelben Felswände ragen steil bis zu 40 Meter hinauf und werden von einem Verein als Kletterparadies genutzt. Unweit davon haben sich einige einstige Steinbrüche mit Grundwasser gefüllt und boten Tauchern ideale Bedingungen für spannende Unterwassererkundungen. Aus Sicherheitsgründen ist das Tauchen in diesen Kesseln auf dem Betriebsgelände der SH Natursteine GmbH jedoch nicht mehr erlaubt.

Unternehmungen zwar nicht unter, aber auf und am Wasser sind in Wettin-Löbejün dennoch reichlich möglich, denn ein Großteil des Stadtgebiets wird von der Saale begrenzt. Der vielbefahrene >>>



Die Treppe führt hinauf zum Carl-Loewe-Haus und zur St.-Petri-Kirche in Löbejün.



Eine der drei Saalefähren im Stadtgebiet von Wettin-Löbejün. Sie bieten die einzigen Saaleüberquerungen zwischen Halle und Könnern.

>>> Radweg führt im Stadtgebiet zwischen Brachwitz und Rothenburg durch die einzigartige Landschaft des Naturparks „Unteres Saaletal“, entlang beeindruckender Porphyrykuppen, ehemaliger Steinkohlebergbaugebiete und Auenlandschaften. Bei Rothenburg zum Beispiel kann man von einem hochgelegenen Aussichtspunkt das idyllische Durchbruchstal der Saale bewundern. Diese Ortschaft von Wettin-Löbejün war lange geprägt durch Schiffsbau, Schifffahrt und Wasserkraft und ist heute bekannt für moderne Draht- und Seilherstellung.

Direkt im Saaletal liegt auch Döblitz, die kleinste Ortschaft der Stadt Wettin-Löbejün. Ebenfalls einstige slawische Siedlungen sind Dösel und Dobis, die sich unmittelbar an der Saale an die hier beginnenden Hänge anschmiegen. Auch bei Brachwitz laden die nach diesem Ortsteil benannten „Brachwitzer Alpen“ mit eindrucksvollen Felsenformationen zu Wanderungen, zum Radfahren oder zu Bootstouren ein. Im Stadtgebiet von Wettin-Löbejün ermöglichen drei Fähren die einzigen Saaleüberquerungen zwischen Halle und Könnern, da es in diesem Bereich keinerlei befahrbare Brücken gibt.

Im Ortsteil Wettin der Doppelstadt Wettin-Löbejün thront hoch über dem Saaletal die Stammburg der Wettiner. Dort siedelten zunächst Sorben, die eine Fluchtburg errichteten und zur dauerhaften Befestigung ausbauten. So wurde Wettin mit seiner Burg zum kontrollierten Eingangstor aus dem germanischen in den slawischen Raum, so in den Gau Nudzici, dessen namensgebende Siedlung Neutz heute eine Ortschaft von Wettin-Löbejün ist.

Die erste urkundliche Erwähnung Wettins erfolgte 961 als Civitas Vitin am Fuße der Burg. Diese kam 985 samt Ort in den Besitz jenes Grafengeschlechts, das im Laufe der Jahrhunderte Markgrafen, Kurfürsten und Könige in Sachsen, Großbritannien, Belgien, Bulgarien

I. v. o. n. u.:
Blick auf Stadt und Burg Wettin über die Saale hinweg. | Nachbildung des Dresdener „Fürstenzug der Wettiner“ in Wettin.
r. v. o. n. u.: Großformatige, Carl Loewe gewidmete Banner an alten Löbejüner Gebäuden. | Blick auf das Rathaus und den mittelalterlich geprägten Marktplatz von Wettin. | Saaledurchbruchstal bei Rothenburg.



sowie in Polen stellte. Das Haus Wettin ist mit seiner über tausendjährigen Familiengeschichte eines der ältesten urkundlich nachgewiesenen sowie auch eines der bedeutendsten Geschlechter des deutschen Hochadels. Weltweit bekannt ist es durch den Fürstenzug in Dresdens Augustusstraße. Das 102 Meter lange dortige Wandbild aus Meißener Porzellan zeigt die Herrscher aus dem Hause Wettin in chronologischer Reihenfolge als hintereinander reitende Kolonne. Das über einhundert Jahre alte Meisterwerk hat eine – allerdings lediglich zwanzig Meter lange und aus Kunststoff gefertigte – Kopie in Wettin, dem einstigen Stammsitz der Dynastie.

Deren Burg auf dem Steilhang der Saale ging jedoch schon 1288 an das Erzbistum Magdeburg über. In der folgenden wechselvollen Geschichte gehörten Stadt und Burg Wettin zu Preußen, wurden unter Napoleon von französischen Truppen besetzt, dann dem Königreich Westphalen angegliedert und später dem Regierungsbezirk Merseburg der preußischen Provinz Sachsen zugeordnet. Die trutzige Burg wechselte mehrfach den Besitzer, war zu DDR-Zeiten Domizil für ein volkseigenes Gut, der einzigen Spezialberufsschule für Schäfer in ganz Mitteleuropa sowie einer Fachschule für Agrochemie und Pflanzenschutz.



Jetzt Eigentum des Landkreises Saalekreis, lernen auf dem Bergsporn über der Saale seit 1991 Kinder und Jugendliche im Burg-Gymnasium Wettin. In dem riesigen, zirka 500 mal 100 Meter umfassenden Gebäudekomplex befindet sich in der Unterburg die Schule, in der Mittelburg ein Kunstzentrum und in der Oberburg ein Internat. Denn das Burg-Gymnasium Wettin bietet neben der normalen gymnasialen Bildung einen Fachbereich Kunst an, der einzigartig in Mitteldeutschland ist. Dort erhalten künstlerisch begabte, motivierte und kunstinteressierte Mädchen und Jungen eine spezielle Förderung und können aufgrund einer Sonderregelung ihr Abitur auch in Kunst ablegen. Sie kommen nicht nur aus allen Teilen Sachsen-Anhalts, sondern auch aus anderen Bundesländern nach Wettin, wo ihnen im Burg-Gymnasium Wohnheimplätze zur Verfügung stehen. Das Gymnasium und sein Kunstzweig Bildende Kunst, Design und digitale Medien feierten in diesem Herbst – coronabedingt ein Jahr verspätet – ihr 30-jähriges Bestehen.

Die Außenanlagen der Burg Wettin sind für Besucherinnen und Besucher der Ortschaft bei einem Stadtbummel frei zugänglich. Nicht weit davon entfernt befindet sich das Rathaus. Das imposante Gebäude wurde 1660 nach einem großen Stadtbrand im Renaissance-Stil neu errichtet und zeugt von Bürgerstolz und Wohlhabenheit zu jener Zeit, als in Wettin der Bergbau blühte. Die einstige wirtschaftliche Bedeutung im Kali- und Steinkohlebergbau sowie als Schiffer-, Fischer- und Korbmacherstadt sieht man dem mittelalterlich geprägten Zentrum und auch den Bauten rund um den Marktplatz an, wie der Traditionsgaststätte „Wettiner Hof“ mit einem Bohlenzimmer sowie alten Apothekengebäuden. Früher standen dort auch Brauhäuser, als das Wettiner Bier, der Keuterling, noch in aller Munde war. Noch heute zeugen Straßen- und Flurbezeichnungen vom Bergbau und von Brautraditionen.

Als Bürgerkirche bereits im 12. Jahrhundert im romanischen Stil errichtet und

später gotisch umgestaltet, war Wettins Nikolaikirche zu DDR-Zeiten dem Verfall preisgegeben. Durch die 1990 begonnene Sanierung wurde sie zu einer hellen Kirche im historischen Mantel umgestaltet, in der moderne Kunst und Architektur gut mit dem alten Gemäuer harmonieren.

Neben Burg, St.-Nikolai-Kirche, Rathaus und hübschen Fachwerkbauten ist die Templerkapelle im Ortsteil Mücheln ein architektonisches Highlight von Wettin. Die im 13. Jahrhundert im gotischen Stil errichtete Kapelle ist die einzige noch erhaltene des Templerordens in ganz Deutschland. Trotz jahrhundertelanger profaner Nutzung der Kapelle – unter anderem als Speicher und Scheune – blieb „Unser Lieben Frauen“ in Mücheln in ihrer ursprünglichen Architektur erhalten und wird nach umfassender Sanierung heute als Raum für Konzerte und Ausstellungen genutzt. Für Besuchende ist das denkmalgeschützte Gebäude täglich geöffnet. Regelmäßig werden auch Tempelritterführungen angeboten, bei denen am authentischen Ort eine Reise in die Zeit der Kreuzzüge erlebbar wird.

Ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Erbe will die Stadt Wettin-Löbejün für die Zukunft nutzbar machen und sieht in der Darstellung der Geschichte „mehr als die Summe der Geschichte der Ortschaften“, versichert sie in ihrem Leitbild. Der historische Charakter der beiden ehemaligen Städte Löbejün und Wettin sowie auch der anderen Ortschaften werde bei der weiteren Sanierung und Rekonstruktion gesichert, ohne auf notwendige Modernisierungen zu verzichten, heißt es darin weiter. Die Stadt Wettin-Löbejün besitze – wenn auch unterschiedlich über die Ortschaften verteilt – einen guten Grundstock an Infrastruktur, um sich weiter als Wohnstandort und Naherholungsgebiet im Großraum Halle profilieren zu können. Mehr zur Stadt auf: stadt-wettin-loebejuen.de.

Gudrun Oelze

Deutsche Zeitungsfeuilletons im historischen Wandel

Die Reihe „DebattenKulturen“ widmet sich den Bedingungen, Möglichkeitsräumen und Praktiken von Debatten in den Medien, der Wissenschaft, der Politik und der Kunst vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. In ihr werden Untersuchungen zusammengeführt, die sich einerseits mit den theoretischen und empirischen Fragestellungen sowie andererseits mit den historischen und aktuellen Transformationsprozessen von Debattenkulturen und ihren Praktiken der Kritik auseinandersetzen. Debattenkulturen sind ein zentrales Merkmal moderner Gesellschaften, die im Hinblick auf einen erstarkenden Rechtspopulismus eine neue politische Dimension erreichen. Durch den umfassenden Medienwandel im Rahmen der Digitalisierung stellen sich die Fragen „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ und „Wer gehört dazu und wer nicht?“ neu. Die Autorin Simone Jung ist Journalistin und hat bereits für verschiedene Printmedien gearbeitet. Sie analysiert in ihrem Buch die spezifische Form von Konflikten und Praktiken der Kritik im deutschen Zeitungsfeuilleton im Wandel der Zeit.

Beate Grau

Simone Jung: Debattenkulturen im Wandel. Zum Politischen im Feuilleton der Gegenwart. Bielefeld: transcript, 2021.



Pandemien in der Geschichte der Menschheit

Seit jeher wird die Menschheit von unbekanntem Krankheiten erfasst, stets begleitet von Angst und Panik angesichts der außerordentlichen Geschehnisse. Doch sobald die Gefahr durch die Erforschung der oft tödlichen Krankheiten gebannt ist und Mittel dagegen gefunden sind, verblasst die Erinnerung daran. Mark Honigsbaum ist Medizinhistoriker und Journalist und entwirft in diesem Buch ein pandemisches Panorama der vergangenen einhundert Jahre. Dadurch holt er die in Vergessenheit geratenen Ereignisse wieder an die Oberfläche und in das Bewusstsein der Menschen. Er legt dar, dass ganze Gesellschaften oftmals blind waren für die Gefahren, die durch Infektionskrankheiten und ihre komplexen Ursachen entstehen können. Aus diesem Grund appelliert er an die Menschheit, diese Gefahren ernst zu nehmen, den Hochmut abzulegen und die Augen für die Belange der Natur zu öffnen. Nur so könne man neu entstehenden Gefahren in Zukunft mehr entgegensetzen. Mit seinem Buch ist ihm ein fesselnder Bericht über die Grenzen der Wissenschaft und die Zukunft der Menschheit gelungen.

Beate Grau

Mark Honigsbaum: Das Jahrhundert der Pandemien. München: Piper, 2021.



Antisemitische Stereotype von der Antike bis heute

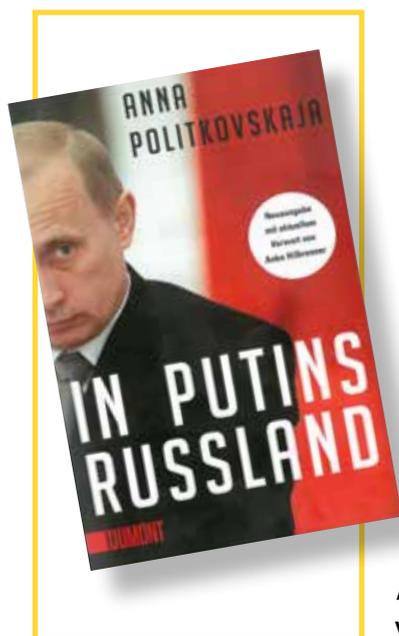
Aufmerksame Beobachter des politischen Geschehens in Europa und der Welt stellen eine dramatische Renaissance antisemitischer Strömungen und Tendenzen in Staat, Gesellschaft und Kultur fest. Peter Schäfer, emeritierter Professor für Judaistik an den Universitäten Berlin und Princeton, unternimmt mit dieser Veröffentlichung den Versuch, die lange Geschichte antijüdischer Ausgrenzung und Verfolgung knapp und konzis darzustellen. Dieses Buch vermittelt seinen Leserinnen und Lesern in eindrucksvoller Weise, wie sich seit der Antike antisemitische Stereotype verbreiteten, im 19. und 20. Jahrhundert in pseudowissenschaftlicher Manier manifestierten und auch nach der Shoah, der Menschheitskatastrophe des 20. Jahrhunderts, immer noch virulent sind. Dieser flüssig zu lesende Überblick verdeutlicht, warum der Antisemitismus so alt und zugleich leider so aktuell ist.

Michael Rahmfeld



Peter Schäfer: Kurze Geschichte des Antisemitismus, München: Piper, 2022.

Russland im Jahr 2005 – Verblüffend aktuell



Anna Politkovskaja war um die Jahrtausendwende die international bekannteste russische Journalistin und lenkte zunächst mit ihren Reportagen über den Krieg in Tschetschenien den Blick Europas auf einen fast vergessenen Krieg. Zugleich war sie eine unbestechliche Kritikerin des im Entstehen begriffenen autoritären Russlands unter dem „System Putin.“ Im Oktober 2006 bezahlte sie für diesen Mut mit ihrem Leben, als sie im Aufzug ihres Wohnhauses in Moskau ermordet wurde. Die Drahtzieher dieses Verbrechens wurden nie ermittelt. Die Neuausgabe ihrer wichtigen Studie über den Wandel Russlands aus dem Jahr 2005 gibt eindrucksvoll die ersten Jahre der Putin-Ära wieder. Besonders einprägsam sind dabei die persönlich gehaltenen Schilderungen politischer Verfolgung und gesellschaftlicher Ächtung von Regimekritikern. Ein wichtiges, verstörend aktuelles Buch.

Michael Rahmfeld

Anna Politkovskaja: In Putins Russland. Neuausgabe mit einem aktuellen Vorwort von Anke Hilbrenner. Köln: Dumont, 2022.

DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

Ein Wahlgesetz für die Zukunft

Vor 30 Jahren beschlossen die Regierungsfractionen von CDU und FDP sowie die SPD-Opposition die Grundlagen für Wahlen in Sachsen-Anhalt. Seitdem sind die Bürgerinnen und Bürger schon vielfach an die Wahlurne gerufen worden.

In der ersten Wahlperiode von 1990 bis 1994 hatten die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt zahlreiche und sehr umfangreiche Gesetzespakete zu schnüren. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands mussten sie die gesetzlichen Grundlagen für alle Bereiche des Lebens im wiedergegründeten Land Sachsen-Anhalt schaffen. Von großer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Erarbeitung eines Wahlgesetzes, denn die Wahl zum Landtag 1990 war auf der Grundlage eines nur für diese Wahlen von der DDR-Volkammer beschlossenen Wahlgesetzes erfolgt. Danach waren die Länder verpflichtet, bis 1993 eigene Wahlgesetze zu beschließen.

Zu den inhaltlichen Anforderungen des Wahlgesetzes und den damit im Zusammenhang stehenden Gesetzen über die Prüfung der Wahl sowie über die Erstattung der Wahlkampfkosten

gehörten: die Regelung des aktiven und passiven Wahlrechts zum Landtag von Sachsen-Anhalt und Bestimmungen der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags sowie Regelungen zur Wahlvorbereitung, Wahl, Feststellung des Wahlergebnisses, Neuverrechnung der Abgeordnetensitze und Feststellung der nachrückenden Bewerber, außerdem Bestimmungen für Nach-, Ersatz- bzw. Wiederholungswahlen, Ersatzpersonen, Pflicht zur ehrenamtlichen Mitwirkung und Wahlkosten.

Im Landtag von Sachsen-Anhalt verfügten in der ersten Wahlperiode die Fraktionen von CDU und FDP über die Mehrheit. Größte Oppositionsfraktion war die SPD. Außerdem gehörten die PDS und Bündnis 90/Grüne dem Parlament an. Wegen der Bedeutung des Wahlgesetzes reichten CDU, FDP und SPD einen gemeinsamen Entwurf ein, der nach zahlreichen Diskussionen in

den Ausschüssen und mehreren Veränderungen beschlossen wurde und am 11. Dezember 1992 in Kraft trat.

Im Laufe der vergangenen 30 Jahre wurde das Wahlgesetz mehrfach novelliert und neuen Gegebenheiten angepasst, zum Beispiel bei der Zahl der Wahlkreise und der Abgeordneten nach Gebietsreformen, bei der Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahre oder jüngst wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie. Übereinstimmend wird aber noch heute von CDU, FDP und SPD hervorgehoben, dass die Abgeordneten 1992 gemeinsam über die Fraktionsgrenzen hinaus ein Gesetz verabschiedet hätten, das auf die Zukunft ausgerichtet gewesen sei und noch gegenwärtig in seinen Grundzügen Bestand habe.

Streitpunkt damals war zum Beispiel der Umgang mit Listenvereinigungen und ob diese Landeswahlvorschläge einreichen können. Im Hinblick auf die politischen Gegebenheiten des Landes erschien es sinnvoll, den Listenvereinigungen dieses Recht einzuräumen. Allerdings setzten sich die drei Fraktionen im Gegensatz zu PDS und Bündnis 90/Grüne durch, dass sich nur Parteien und keine Wählervereinigungen zu Listenvereinigungen zusammenschließen dürfen. Beschlossen wurde mit der Mehrheit der drei einreichenden Fraktionen auch, dass nur deutsche Staatsbürger mit dem Hauptwohnsitz in Sachsen-Anhalt sowohl das passive als auch das aktive Wahlrecht ausüben dürfen. Keine Mehrheit fand die Forderung der kleineren Fraktionen nach Abschaffung der Fünfprozentklausel.

Wolfgang Schulz



Abstimmung im Landtag im Jahr 1992: Getagt wurde bereits in der dafür hergerichteten Aula der früheren Ingenieursschule für Wasserwirtschaft in Magdeburg.

Für den „Balladenkönig“

30 Jahre Musik und mehr: Radio Brocken

Die Internationale Carl-Loewe-Gesellschaft in Löbejün feiert 2022 ihren 30. Geburtstag.

Vor 226 Jahren wurde in Löbejün im damaligen preußischen Herzogtum Magdeburg Johann Carl Gottfried Loewe (1796–1869) geboren. Als Kantor, Organist, Konzertsänger und Komponist war er in seiner Zeit weit bekannt und ein gefragter Künstler. Nach einem Studium in Halle (Saale) war Loewe einem Ruf nach Stettin gefolgt, wo er 46 Jahre als Kantor und Gymnasiallehrer tätig war. Er schrieb mehr als 500 Balladen (deshalb wird er auch „Balladenkönig“ genannt), 17 Oratorien, sechs Opern und zwei Sinfonien.

Nach seinem Tod wurden zur Bewahrung seines künstlerischen Erbes 1882 der „Berliner Loewe-Verein“ und sechs Jahre später der Löbejüner „Loewe-Verein“ gegründet. Innerhalb des Kulturbundes der DDR (Anm. d. Redaktion: kulturelle Massenorganisation) wurde mit dem „Freundeskreis Carl Loewe“

sein Andenken weiter gepflegt. Eine neue Ära in der Pflege des musikalischen Schatzes von Loewe begann am 10. Dezember 1992 in Löbejün mit der Gründung der Internationale Carl-Loewe-Gesellschaft (ICLG).

„In der Zeit ihres dreißigjährigen Wirkens ist die ICLG nicht nur zu einem kulturellen Leuchtturm im nördlichen Saalekreis geworden“, gratulierte Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger zum Geburtstag. „Auch mit ihren Projekten, Konzerten, Festtagen und ihrem reichen musikalischen Fundus besitzt sie nationale und internationale Strahlkraft.“ Das Land brauche solche „Leuchttürme“ und unsere Demokratie ein derartiges bürgerliches Engagement, denn die Arbeit der Gesellschaft werde nahezu ausschließlich ehrenamtlich geleistet, so Schellenberger.

Wolfgang Schulz



Blick ins Radio-Brocken-Studio in Halle (Saale).

In Sachsen-Anhalt sind neben dem MDR, der öffentlich-rechtlichen Dreiländer-Anstalt, zwei private landesweite Hörfunkveranstalter zugelassen. Neben Radio SAW ist das der Sender Radio Brocken. Während ersterer am 8. September 1992 seinen Sendebetrieb aufnahm, folgte Radio Brocken am 1. Dezember 1992. Die Grundlage für die Zulassung legte der Landtag von Sachsen-Anhalt mit dem Gesetz über den privaten Rundfunk vom 22. Mai 1992. Die Abgeordneten ließen sich davon leiten, dass Freiheit und Demokratie nur dort gedeihen könnten, wo die Vielfalt der Meinungen auch in den Medien ihren Ausdruck findet. Hauptgesellschafter von Radio Brocken ist die RTL Group. Der Sender erreicht rund 571 000 Hörer pro Tag und wendet sich vornehmlich an die Altersgruppe der 40- bis 59-Jährigen bzw. an Familien in Sachsen-Anhalt und sendet ein sogenanntes Infotainment-Programm, durch das die Hörer sowohl informiert als auch unterhalten werden.

Wolfgang Schulz



ICLG-Präsident Andreas Porsche (l.) informiert Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger über die neuesten Publikationen.

Begegnung in Magdeburg

Viele Gespräche, gute Musik, hervorragende Stimmung:
Der erste Länderabend des Landtags von Sachsen-Anhalt im November war ein voller Erfolg. Erstes Gastland der neuen Veranstaltungsreihe war die Republik Armenien.

Der Länderabend wurde als Veranstaltungsformat gewählt, um vonseiten des Landtags die Weltoffenheit des Landes zu zeigen, dessen internationale Wahrnehmbarkeit zu erhöhen und die bilateralen Beziehungen zu verfestigen. Die Republik Armenien war mit einer hochrangigen Delegation auf dem Länderabend vertreten. Zur Gruppe gehörten unter anderen der Vorsitzende des Rechtsausschusses und Vorsitzender des parlamentarischen armenisch-deutschen Freundeskreises, Dr. Vladimir Vardanyan, der stellvertretende Minister für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, Arayik Khzmalyan und der armenische Botschafter in Deutschland, S. E. Viktor Yengibaryan. Der Landtag von Sachsen-Anhalt wurde durch den Gastgeber Parlamentspräsident Dr. Gunnar Schellenberger und Abgeordnete aus allen Landtagsfraktionen vertreten. Für die

Landesregierung nahm unter anderen in Vertretung des Ministerpräsidenten Minister Prof. Dr. Armin Willingmann teil.



Sachsen-Anhalt stehe zu seinen internationalen Beziehungen, und um diese weiter zu pflegen, gebe es nun den Länderabend des Landtags von Sachsen-Anhalt, erklärte

Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger (1) in seiner Begrüßungsrede. „Das Motto ‚Begegnungen‘ verbindet uns alle im Herzen“, betonte der Präsident, es gebe viele Gemeinsamkeiten und Partnerschaften zwischen Sachsen-Anhalt und Armenien.

Er freue sich, dass die Region Naumburg mit der armenischen Region Armavir enge Kontakte knüpfe, sagte Dr. Vladimir Vardanyan (2). Magdeburg sei für Arme-



nien ein gutes Beispiel dafür, aus der Zerstörung heraus den Wiederaufbau unter friedlichen Bedingungen zu gestalten. Es sei immer ein Gewinn, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, um dann Schlussfolgerungen für das Ebnen des zukünftigen Weges zu ziehen.

Es gebe viel Nähe im kulturellen Verständnis von Sachsen-Anhalt und Armenien, erinnerte Prof. Dr. Armin Willingmann (3). Armenien sei ein geschichtsträchtiges Land, das nach dem Zerfall der Sowjetunion seinen eigenen Weg gehe, selbst nach Frieden und Freiheit gestrebt habe und strebe. Man stehe heute am Ende und zugleich am Beginn einer Reihe ganz wunderbarer Kontakte, die mit Leben erfüllt würden, versicherte Willingmann.

Es zeige sich, dass die Kultur das wichtigste Werkzeug in der internationalen Zusammenarbeit sei, sagte Arayik Khzmalyan (4). Die vielen Kooperationen von Deutschland und Armenien bewiesen dies – im wissenschaftlichen Bereich, aber auch in der Musik, im Film und in der Literatur. Das musikalische Programm des Abends sei ein kleiner Gruß gewesen, der für die Vertiefung der armenisch-deutschen Beziehungen stehe.



Dr. Stefan Müller



Musikalisch begleitet wurde der Länderabend durch das Nationale Kammerorchester von Armenien unter der künstlerischen Leitung von Philipp Amelung.



„POLITISCHE STRAFJUSTIZ IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE UND FRÜHEN DDR – SACHSEN-ANHALT“

29. NOVEMBER 2022 BIS 9. JANUAR 2023

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt thematisiert mit dieser Ausstellung das Agieren der sowjetischen Geheimdienste und der Militärjustiz für die Jahre 1945 bis 1952 in Mittel- und Ostdeutschland.

Erstmals werden für ein gesamtes Land die Massenverhaftungen und Aburteilungen deutscher Zivilistinnen und Zivilisten anhand lokaler Fallbeispiele veranschaulicht. Im Gebiet des damaligen Sachsen-Anhalts sind allein für die Jahre 1945/46 mehr als 12 000 Menschen bei Massenverhaftungen dokumentiert.

Etwa 2 600 weitere Fälle betreffen Menschen, die von sowjetischen Militärtribunalen zu – in der Regel mehr als zehn Jahren – Lagerhaft abgeurteilt wurden. Von ihnen wurden mindestens 289 zum Tode verurteilt.



JÜDISCHE GESCHICHTE UND LEBEN IN SACHSEN-ANHALT

18. JANUAR 2023 BIS 26. FEBRUAR 2023

In den drei Teilen der Präsentation werden verschiedene Bereiche jüdischer Geschichte in Sachsen-Anhalt in Wort und Bild vorgestellt.

Im Rahmen eines Schulprojekts beschäftigten sich Jugendliche in Sandersleben mit ihrer Heimat und deren jüdischer Geschichte. Die Ergebnisse und Recherchen in historischen Dokumenten und Artefakten haben sie auf fünfzehn Tafeln zusammengefasst. Ein Zeitstrahl zeigt die Entwicklung der jüdischen Geschichte vor Ort.

In Bernburg wurde die Geschichte und Bedeutung der jüdischen Friedhöfe in der Stadt im Jahr 2004 bereits mit einem Projekt aufgearbeitet und durch weitere Forschungen in 2020 aktualisiert. Die Ergebnisse sind auf vierzehn Tafeln bildlich und textlich zusammengefasst.

Das aktuellste Projekt arbeitet das jüdische Leben in der Lutherstadt Eisleben auf. Bei der Entstehung der Präsentation kooperierte man mit Nachfahren der Familien, die heute in Israel leben. Hier wird anhand von Fotografien, Archivalien und Zeitdokumenten das Leben verschiedener jüdischer Familien aus Eisleben aufgearbeitet. Entstanden ist eine sehr gute Dokumentation zum Leben und Wirken jüdischer Familien in Eisleben und Umgebung.

Liebe Leserin und lieber Leser,

das nun zu Ende gehende Jahr war und ist ein turbulentes Jahr 2022. Kaum sorglos war es für die meisten unter uns. Vieles wurde sichtbar für diejenigen, die genauer hinsehen. Mögen die, die den Mut haben, die drängenden Themen unserer Tage zu benennen, auch gehört und geachtet werden.

Ich freue mich über die Lichterwelt rings um unseren Landtag. Sie leuchtet so zuversichtlich, anmutig und festlich.

Daher ist es mir umso mehr ein Anliegen, Ihnen und Ihren Familien eine gesunde und frohe Zeit der Weihnacht zu wünschen. Leben Sie Ihre familiären Bräuche, nehmen Sie sich Zeit füreinander.

Ich bedanke mich herzlich bei allen Wegbegleitern im Jahr 2022 für die gute Zusammenarbeit, Rat und Tat und die gemeinsamen Pläne im Sinne einer guten Perspektive für die Menschen in unserem Land.

Ihnen wünsche ich gesegnete, besinnliche und friedliche Weihnachten im Kreise Ihrer Familie und Freunde. Genießen Sie diese besonderen Tage zum Ende des Jahres.

Ich wünsche Ihnen Ruhe, um Kraft für die weiteren Herausforderungen zu schöpfen. Gehen Sie gesund und mit Gottes Segen in und durch das Jahr 2023.

Ihr

Dr. Gunnar Schellenberger

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

